

# „Wenn wir nichts tun, ist das eine Katastrophe für den Planeten“

„Grün diskutiert“: Veranstaltung im Schweizer Hof mit dem Bundestagsabgeordneten Danyal Bayaz über klimaneutrales Wirtschaften

Von unserer Mitarbeiterin  
Beatrix Drescher

**Bretten.** Energiewende, Klimaschutz und Verkehrswende sind Begriffe, die Bündnis 90/Die Grünen schon seit Jahrzehnten beschäftigen. Wie klimaneutrales Wirtschaften in Deutschland möglich sein kann und was es mit der Besteuerung von Kohlendioxid-Emissionen auf sich hat, erklärte Bundestagsabgeordneter Danyal Bayaz im Rahmen der wieder belebten Reihe „Grün diskutiert“ im Schweizer Hof in Bretten.

In einem kurzen Impulsvortrag stellte Bayaz die Eckpunkte des Klimawandels und des Pariser Abkommens dar. „Wenn wir jetzt nichts tun, bedeutet dies eine Erhöhung der Temperatur von drei bis fünf Grad. Das ist eine Katastrophe für unseren Planeten.“ Obwohl Deutschland lediglich zwei Prozent der Kohlendioxid-Emissionen verursache, müsse das Land mit einem guten Beispiel vorangehen. Nur so könne Deutschland eine Vorbildfunktion für Länder wie China, Indien und weitere aufstrebende Entwicklungsländer sein.

Um den Kohlendioxidausstoß in diesen Ländern zu senken, bedürfe es der Bereitstellung von Geldern für internationale Entwicklungshilfe. Nur so könnten diese Länder gewisse Entwicklungsstadien überspringen und auf ihrem Weg zu einem europäischen Lebensstil Kohlendioxid einsparen. „Klimaneutral zu wirtschaften, das ist das dickste Brett, das wir jemals bohren werden“, so Bayaz. Dafür müsse ein jeder einzelne an sich selbst arbeiten und sich Gedanken



ÜBER KLIMANEUTRALES Wirtschaften sprach der grüne Bundestagsabgeordnete Danyal Bayaz (Mitte) mit Brettenern im Rahmen von „Grün diskutiert“.

über das eigene Verhalten machen. „In Deutschland sind 3,5 Million Menschen auf die Straße gegangen um für Klimaschutz zu demonstrieren“, so Bayaz.

Zwar sei das verabschiedete Klimaschutzpaket der Bundesregierung mit der Besteuerung von zehn Euro pro ausgestoßener Tonne Kohlendioxid gelun-

gen, doch würde ein höherer Einstiegspreis der Industrie stärkere Anreize geben zukunftsfruchtig zu investieren. Dies würde nicht passieren, wenn die Politik keinen Rahmen oder Preis vorgebe. Daher forderte Bayaz einen höheren Einstiegspreis von 40 Euro pro ausgestoßener Tonne Kohlendioxid.

Liter aus, sagte Bayaz.

Gleichzeitig würden ab 2021 andere Produkte, je nach deren Kohlendioxid-ausstoß, für den Verbraucher teurer. Dies werde beispielsweise bei Billigflügen zu spüren sein. „Wir wissen, dass wir heute konsequent handeln müssen und wenn wir schon keine 180 Grad-

Die so generierten Einnahmen müssten für einen niedrigeren Strompreis und eine Kopfpauschale von 120 Euro pro Bürger an diesen zurückfließen, schlug der Bundespolitiker vor. Somit könnte jeder selbst entscheiden, wie er dieses Geld ausgeben möchte. Gleichzeitig bedeute dies, dass beispielsweise ein Bahnfahrer einen größeren Vorteil vor einem Autofahrer habe, da letzterer mehr Geld an der Tankstelle bezahlen müsse. Momentan wirke sich die beschlossene Besteuerung von zehn Euro pro Tonne Kohlendioxid an der Tanksäule mit zwei Cent pro

Wendung schaffen, dann wenigstens eine 90 Grad-Wendung“, so Bayaz.

Gleichzeitig müssten jedoch gute Alternativen und Strukturen mitwachsen. Parkplätze außerhalb der Stadt mit einer guten Elektrobus-Anbindung könnten Lösungen sein. Veränderungen müssten auch vor Ort geschehen, dürften jedoch nicht die „große“ Politik aus der Verantwortung nehmen. Daher müsse mehr Geld in den öffentlichen Nahverkehr, in Forschung und Entwicklung gesteckt werden, sagte Bayaz.

Klimaschutz müsse vor der Haustür gemacht werden, erklärte Moderator

## Im Umkreis entstehen demnächst 90 Baugebiete

Thomas Holland-Cunz. Auf der lokalen Ebene könne man schneller reagieren.

Diese Aussage unterstützte die Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur, Birgit Schwegle, und verwies auf insgesamt 90 Baugebiete, die in den nächsten Jahren im Umkreis entstehen würden. „Diese müssen unbedingt klimaneutral angeschlossen werden“, so Schwegle. Da auch Lebensmittel teurer würden, könne dies einen Vorteil für regionale und biologisch hergestellte Produkte bedeuten, ergänzte Holland-Cunz. Dies erfordere vom Verbraucher jedoch auch eine Verhaltensänderung. Weniger zu fliegen und ein geringerer Fleischkonsum gehörten zu dieser „langfristigen Geschichte“, so der Moderator.